



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnement 5 Sgr., außerhalb incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inseratsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeile in der ersten 2 Sgr., der zweite 1 Sgr.

Erkeltion: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 386. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treubner.

Donnerstag, den 20. August 1874.

## Deutschland.

Breslau, 19. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kaufmann Heinrich Hübmann zu Hannover das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten verliehen.

Das dem Herrn Heinrich Dohs zu Salber — in Weisbaden — unter dem 26. April v. J. ertheilte Patent auf eine Riemenverbindung ist aufgehoben.

Der Gerichts-Magistrat Brj in Conis ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lüdell, ernannt worden. — Der in die erste Pfarrstelle zu Angerburg berufene bisherige Pfarrer in Krappau und Superintendent der Diözese Osterode, Karl Eduard Lindius, ist zum Superintendenten der Diözese Angerburg, Regierungsbez. Gumbinnen, bestellt worden.

[Correspondenzverkehr mit Brasilien.] Das kaiserl. General-Postamt erläßt folgende Bekanntmachung:

In Folge des neuen Postvertrages mit Brasilien können Briefe nach Brasilien entweder frankirt oder unfrankirt abgehandelt werden. Das Porto beträgt für je 15 Gramm bei der Beförderung über Hamburg oder Antwerpen für frankirte Briefe 5 Sgr., für unfrankirte Briefe 7 Sgr.; bei der Beförderung über Frankreich oder über England für frankirte Briefe 8 Sgr., für unfrankirte Briefe 10 Sgr.

Postkarten müssen frankirt werden und unterliegen denselben Portoforderungen, wie einfache frankirte Briefe. Für Druckbogen und Waarenproben, sowie für Handelspapiere, Correcturbogen und Manuscripte nach Brasilien beträgt das Porto für je 50 Gramm 1 Sgr. bei der Beförderung über Hamburg oder über Antwerpen, und 1 1/2 Sgr. bei der Beförderung über Frankreich oder über England. Correspondenz-Gegenstände jeder Art können unter Recommendation abgehandelt werden. Für recommandirte Sendungen wird außer dem Porto wie für gewöhnliche Sendungen derselben Art eine Recommendation-Gebühr von 2 Sgr. berechnet.

[Se. Majestät der Kaiser und Königin] kamen gestern Abend um 7 Uhr von Babelsberg nach Berlin, übernachteten im kgl. Palais und wohnten heute Vormittag den Exercitien auf dem Tempelhofer Felde bei. Nach der Rückkehr in das kgl. Palais ertheilten Allerhöchstdieselben einige Audienzen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern bei dem Exerciren des I. Garde-Regiments anwesend. — Auf Schloß Babelsberg fand ein Diner statt, zu welchem der kaiserl.-königl. österreichisch-ungarische Geschäftsträger, Frhr. v. Münch-Bellinghausen zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn, geladen war.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] kamen am Freitag zu einem Besuche Ihrer Majestät der Königin Victoria in Osborne an und kehrten Tags darauf mit Ihren Kindern, den Prinzessinnen Charlotte und Victoria, sowie dem Prinzen Waldemar nach Sandown zurück. — Der Kronprinz begab sich, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, am Montag an Bord des Admiralsitätsdampfers „Fire Queen“ von der Insel Wight nach Portsmouth, um das im Fort Grange stationirte 4. Regiment zu inspiciern. Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit wurde bei seiner Ankunft mit Salutgeschüssen empfangen. — Gestern Vormittag trafen die höchsten Herrschaften Ihrer Majestät der Kaiserin von Oesterreich und Nachmittags Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland einen Besuch ab und kehrten Abends in Begleitung des Prinzen von Wales nach Sandown zurück. (Reichsanz.)

© Berlin, 19. August. [Die Anerkennung der spanischen Regierung. — Die Brüsseler Konferenz.] Es ist wohl nicht zu verkennen, daß die Haltung und die Mittheilung offizieller und offizieller Organe in Bezug auf den Stand der spanischen Angelegenheiten nicht übereinstimmt mit den Mittheilungen, welche zum Theil aus Madrid, zum Theil aus Frankreich und England herüberkommen und die Anerkennung Spaniens nahezu als eine vollendete Thatsache hinstellen. Auch aus Wien ist dagegen Protest erhoben worden, als sei die Anerkennung Spaniens von Seiten Oesterreichs erfolgt. Die „Prov.-Corr.“ läßt deutlich erkennen, daß die Verhandlungen noch in der Schwebe sind. Andererseits ist anzunehmen, daß die Andeutungen des halbamtlichen Blattes im Wesentlichen mit dem Grundgedanken der Circular-Depesche übereinstimmen. Die „Times“ hat von ihrem Pariser Correspondenten eine Analyse des Rundschreibens erhalten, welche sich als wichtig erweist, jedoch nur in einem kurzen Resümee zusammenfaßt, was die Circular-Depesche in ausführlicher Darlegung entwickelt. Es entspricht dem thatsächlichen Inhalt der Depesche, daß die Reichsregierung nur von einer moralischen Intervention redet, dagegen den Gedanken einer thatsächlichen Intervention, welche früher in der europäischen Politik eine große Rolle spielte, entschieden ablehnt. Wenn von Seiten der ultramontanen Presse die deutsche Politik in Betreff Spaniens als eine Verleugnung monarchischer Grundsätze und als eine Anerkennung des Princips der Revolution dargestellt wird, so steht das in entschiedenem Widerspruch mit dem Inhalte des Rundschreibens. Vielmehr wird es geradezu als eine Pflicht der europäischen Monarchen bezeichnet, durch ihre Politik der Mißdeutung entgegenzutreten, als bestände zwischen den monarchischen Prinzipien und den blutigen Gräueln der karlistischen Bewegung ein Zusammenhang. Im Uebrigen hält sich die Depesche von allen sanguinischen Auffassungen und Hoffnungen in Bezug auf die Entwicklung der spanischen Verhältnisse fern, giebt jedoch der Regierung des Marquis Serrano das Zeugniß, daß sie im Verein mit den besseren Elementen der monarchisch-constitutionellen Parteien darnach strebe, Ordnung und Geseß in Spanien zur Geltung zu bringen und vor Allem auch in der Kriegsführung den Forderungen der Humanität Rechnung zu tragen. — Ueber den Verlauf und die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz, namentlich in Bezug auf die Genfer Convention, hat die „Indep.“ neuerdings Mittheilungen gemacht, welche der Klarheit ermangeln. Die Konferenz hat sich dahin entschieden, die Genfer Convention, so weit sie gegenwärtig von den Mächten angenommen ist, zu conserviren. Es ist dagegen Abstand genommen worden, die in Antrag gebrachten Ergänzungen sofort in Betrachtung zu nehmen. Dieselben sind vielmehr zunächst einer Commission, welche vorzugsweise aus militärischen Mitgliedern der Konferenz bestehen soll, zur Begutachtung überwiesen worden.

[Denkmal für Mallindrodt.] Die „Germania“ veröffentlicht einen von den bedeutendsten parlamentarischen Vertretern und anderen Notabilitäten der Centrumpartei aus allen Theilen Deutschlands unterzeichneten Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Hermann v. Mallindrodt. Dasselbe soll in einer Vorstadt in Nordborschen, wo Mallindrodt die letzte Ruhe gefunden, bestehen. „So lange Hermann v. Mallindrodt“, schreibt das oben genannte Blatt, „in Nordborschen gewohnt, war es stets sein Herzenswunsch

dort an Stelle der alten, dem Verfall entgegengehenden Kapelle eine neue entstehen zu sehen. Wohin denn, greifen wir jetzt seinen Wunsch auf, errichten wir dort ein neues Gotteshaus, würdig des großen Todten; bestellen wir bei demselben einen eigenen Seelforger, auf das immerfort seiner gedacht und sein Andenken für alle kommenden Zeiten stets lebendig erhalten werde! Dies Denkmahl steht dann auf jenem Boden, auf dem der heimgegangene Kämpfer so oft gewandelt. Es steht dann unter einer Bevölkerung, die ihn so innig geliebt und verehrt, und die sein Andenken nie aus dem Gedächtnisse verlieren wird. Es steht dann neben dem Geseße, auf dem seine Gattin und seine Kinder wohnen, und nur wenige Stunden von seinem Grabe entfernt, wohin noch immer so Viele pilgern, um den Todten zu ehren.“ Mangel an Opferwilligkeit für ihre Zwecke kann man unseren Ultramontanen nicht vorwerfen, und so ist denn vorauszusetzen, daß in sehr kurzer Frist eine zur Ausführung des Vorhabens genügende Geldsumme gesammelt ist.

[In der bekannten Untersuchungssache gegen den früheren Schutten Emons] als verantwortlichen Redacteur der Bonner „Deutschen Reichszeitung“, und den Verleger dieses Blattes, den Maschinen-Hauptmann, wegen der Veröffentlichung von mehreren beleidigenden Artikeln gegen den Bischof Reinkens fällt das Obergericht in seiner Sitzung vom 2. Juli c. eine Entscheidung von hohem principiellen Werthe. Von der Zuchtpolizeikammer des Bonner Landgerichts war Emons zu 5 Monaten Gefängnis und Hauptmann zu 500 Thaler Geldbusse verurtheilt worden wegen „verleumderischer Beleidigung des Bischofs Reinkens“. Was speziell die allgemeine gehaltenen Angriffe auf den Charakter des Bischofs Reinkens betraf, so wurden in den Motivirungen des Erkenntnisses die Ergebnisse der darauf bezüglichen Zeugnisaussagen in den Kreis der Erwägung gezogen und sogar ein Tadel in Beziehung auf den Beleidigten ausgesprochen. Diese Entscheidung wurde von der zweiten Instanz dahin modificirt, daß Emons nur für überführt erklärt wurde, den Reinkens beleidigt (nicht, wie das Erkenntniß der ersten Instanz ausführt, in „verleumderischer Weise“ beleidigt) zu haben. Sowohl die Beleidigten als auch der Oberprocurator erhoben die Nichtigkeitseinstellung gegen die Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz. Der Oberprocurator machte unter Anderem geltend, daß vom Zuchtpolizeigericht in Bonn ein Wahrheitsbeweis bezüglich der Neuerungen, welche nicht Thatsachen, sondern nur Angriffe auf den Charakter des Beleidigten enthielten, zugelassen und in Folge dessen das Erkenntniß desselben in den Kreis der Erwägung gezogen und sogar ein Tadel bezüglich des Beleidigten in den Gründen ausgesprochen worden wäre. Es seien daher das Verfahren des Zuchtpolizeigerichts zu Bonn und die darauf folgenden Verhandlungen zu cassiren und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an ein anderes Gericht zu verweisen, resp. vom Obergericht selbst in der Sache zu erkennen. Dem gegenüber machen die Angeklagten in ihrer Nichtigkeitsbeschwerde geltend, daß der Wahrheitsbeweis nicht in seinem ganzen Umfange, wie solcher erhoben, erhoben sei und damit das Urtheil sowohl erster als auch zweiter Instanz zerfalle. Das Obergericht erkannte jedoch diese Einwände, weder die in der Nichtigkeitsbeschwerde des Ober-Procurators, noch die in der Nichtigkeitsbeschwerde der Angeklagten, für begründet an. Das Urtheil des Appellations-Gerichtes hat — wie in der Entscheidung des Obergerichts ausgesprochen wird — kein Geheß verlegt, wenn es die angeblich einen Tadel des sittlichen Verhaltens des Bischofs Reinkens enthaltenden Motive des erstinstanzlichen Erkenntnisses nicht ausdrücklich reprobt habe. Allerdings hätte in letztgedachtem Urtheile die Erwähnung von Vorfällen unterbleiben sollen, welche, abgesehen davon, daß sie für bewiesen hätten erklärt werden können, jedenfalls nicht für bewiesen erklärt sind, welche daher schon aus diesem Grunde keinen Einfluß auf die Entscheidung haben konnten, und auf welche denn auch in der That die Entscheidung nicht gestützt wird. Uebrigens können nicht die Entscheidungsbegründe eines Urtheils zum Gegenstand eines selbständigen Angriffs durch die Nichtigkeitsbeschwerde gemacht werden. Was speziell den Einwand des Oberprocurators betrifft, daß aus dem über Bedingungen handelnden Paragraphen hervorgeht, daß bei Beleidigungen der Beweis der Wahrheit nur insoweit statthaft sei, als die für beleidigend erachteten Äußerungen in der Behauptung von Thatsachen bestehen oder auf konkreten Thatsachen beruhen, und demnach bei Behauptungen, die lediglich Beleidigungen allgemeinen Charakters, nicht aber spezielle Thatsachen enthalten, die Verneinung von Zeugen unerheblich und unstatthaft sei — so sprach hiergegen das Obergericht folgenden wichtigen Satz aus: Bei den unter § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs (über Beleidigungen im Allgemeinen) fallenden Ehrenkränkungen ist ein Beweis durch Vernehmung von Zeugen nicht grundsätzlich ausgeschlossen, vielmehr falle der factischen Beurtheilung anheim, ob die als Beleidigungen bezeichneten Äußerungen die Behauptung von Thatsachen darstellen oder in erkennbarer Weise auf bestimmten konkreten Thatsachen beruhen. Die Zurückweisung des Beweisanspruches beruht bei Beleidigungen nicht auf einer gesetzlichen Bestimmung des Reichsstrafgesetzbuchs, nach welcher überall da, wo § 185 zur Anwendung kommt, ein Beweis unzulässig sei, sondern auf einer thatsächlichen Feststellung des Inhalts der incriminirten Äußerungen seitens des Richters und ob und in wie weit dieselben in konkreten Fällen einen Wahrheitsbeweis ausschließen.

Schwerin, 17. August. [Die neue preussische Ehegesetzgebung] macht, auch ehe sie Reichsgesetz wird, unseren Theologen viel Kopfschmerzen; sie werden ja mit vielen in Preußen geschlossenen Ehen pfarramtlich zu thun haben. Die Pastoral-Conferenz, welche am 8. und 9. September in Grevesmühlen tagen wird, will denn auch Stellung in der Frage nehmen und eine Reihe jetzt bekannt gegebener Thesen verabschieden, welche der unserm Kirchenregimente so nahe stehende Superintendent Volkstorf, der Schwager des Oberkirchenraths Kleofsch, aufgestellt hat. Darunter kommt vor, daß die lutherische Kirche die kirchliche Trauung in der Bedeutung der Initiation der christlichen Ehe (also gegen Luther's Lehre), nicht bloß einer Benediction, fordern soll. Demzufolge will man auch die bisherigen allbekannten mecklenburgischen Trauformulare mit geringen Aenderungen beibehalten; die Kirche soll ferner 1) Ehepaare, welche die kirchliche Trauung empfangen konnten, dieselbe aber auch nach seelforgerlicher Verwarnung zu empfangen weigern, bis zur Nachholung der kirchlichen Trauung vom Abendmahl ausschließen; 2) solche Ehepaare, deren Ehe überhaupt kirchlich nicht geschlossen werden konnte, weil kirchliche Ehehindernisse vorliegen, vom Abendmahl bis zur Lösung des „sündlichen“ Verhältnisses ausschließen. Die Traue der Kinder solcher Ehen soll nur ausnahmsweise verweigert werden. Der Herr Superintendent will also doch ferner eine staatlich erlaubte und anerkannte Ehe als verboten betrachten, soll die Lösung nun eine kirchlich zu erzwingende Scheidung oder der Tod des einen Partes sein?

Flensburg, 18. August. [Ein angefochtener Toast.] Der angefochtene Toast, den der Lehrer Schlichting beim Festessen der Rendsburger Lehrerversammlung dem Lehrer Sönsen brachte, lautet, der „R. Z.“ zufolge, ungefähr wie folgt:

„Ich erlaube mir, ein Hoch auf einen ehrsamen Weber auszubringen, der seit mehr als 20 Jahren an einem Bande webt, welches uns alle mit einander verbindet. Ich meine den Redacteur unserer Schulzeitung, Lehrer Sönsen. Ich kenne Sönsen seit ungefähr 24 Jahren, fast die Hälfte dieser Zeit habe ich mit ihm in einer Schule gearbeitet und nach meiner Ueberzeugung haben wir in ihm einen der tüchtigsten Lehrer. Es ist noch etwas mehr da, was mich veranlaßt, ihm ein Hoch auszubringen, darüber muß ich mich etwas ausführlicher erklären. Der liebe Gott hat seine Geschöpfe, wenn wir von den Darwin'schen Theorien absehen wollen, verschiedenartig erschaffen. Der Löwe hat 4 Füße und brüllt, die Spinne hat 8 Füße und spinnt. Das können wir nicht ändern, wir können nicht die Spinne dahin bringen, daß sie brülle, oder den Löwen, daß er spinne, sondern wir müssen die Dinge nehmen wie sie sind. So sind auch die Menschen und die Volksstämme verschieden. Sönsen ist ein Frieser von väterlicher und mütterlicher Seite, also ein Voll-

blut-Frieser. Die Friesen haben einen Rückenwirbel, also auch ein Gelenk im Rücken weniger als wir Sachsen; wenn sie Krachfüße machen wollen, so fallen sie auf die Nase. Wir Sachsen können es schon besser, doch stehen wir ihnen nahe und Mander unter uns versteht sie doch, während Andere an ihrem Verhalten Anstoß nehmen. Die Ostpreußen aber übertreffen uns noch, sie haben sicher noch einen Rückenwirbel mehr als wir. Das können wir nicht ändern und müssen es so hinnehmen. Der Waptspruch der Friesen war von Alters her: „Lieber tod als Elend“, und Sönsen ist mir stets als ein echter Frieser erschienen, so bringe ich denn dem freien Manne mit dem freien Wort ein Hoch!“

Boppard, 17. Aug. [Katholisches.] Am 13. d. M. wurde ein Geistlicher der Breslauer Erzdiözese zum altkatholischen Pfarrer gewählt. Derselbe wird sein Amt in der ersten Hälfte des nächsten Monats antreten. Als Gehalt sind einstweilen 1000 Thlr. in Aussicht genommen, von dem Herr S. hieselbst auf eine Reihe von zehn Jahren die jährliche Beisteuer von 500 Thlr. zugesagt hat. Herr S. hat dem Neugewählten für drei Jahre eine sehr hübsche Wohnung unentgeltlich zur Verfügung gestellt. (Cr. 3.)

Aus Kurbessen, 17. Aug. [Replik.] Der Fuldaer Correspondent des „Fr. Z.“ erklärt: Die Ansicht der „Germania“, daß es mit ihrer Schlussbemerkung über die bischöfliche Immediat-Eingabe nunmehr klargestellt sei, können wir durchaus nicht theilen. Vielmehr sei der competentesten Seite gegenüber bemerkt, daß die Behauptung „Bischofs-Verweigerung habe die Absendung der Adresse gebilligt“ eine grobe Unwahrheit ist und bleibt.

Greifeld, 17. August. [Congreß deutscher Volkswirthe.] (Fortsetzung.) Dr. Schulz (Mann) meint im weiteren Verlaufe seiner Rede, wenn in jedem Kreise des Reiches eine Pensionskasse gegründet und diese Kassen einheitlich geregelt und solidarisch fastbar seien, so sei ein Banterott nicht gut möglich. Das gegenwärtige unzulängliche Kassensystem sei der Hauptgrund der Verbitterung der Arbeiter gegen die Capitalisten. Wenn einzelne Arbeiter in der Zwischenzeit einen anderen Berufszweig ergreifen und dieserhalb Pension nicht mehr benötigt sind, so sei das durchaus kein Unglück. Dem Bagabondiren wolle er (Redner) durch Kassenprämien steuern, jedoch die betreffenden Prämien der gegenwärtigen Jubiläums beiträgen geradezu die Freizügigkeit. Ob mit diesen, vom Staate gegründeten Pensionskassen der öffentlichen Armenpflege gesteuert werde, könne durchaus nicht berücksichtigt werden. Die Neubildung des deutschen Reiches erfordere es, einen Punkt zu finden, um nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Arbeitgeber, welche letztere sehr häufig von der Lage ihrer Arbeiter nicht die geringste Kenntnis haben, ein wichtiges Verständnis über öffentliche Angelegenheiten zu gewähren.

Herr Abg. Hundt v. Hafften (Berlin) wünscht zunächst die Gründung von Hilfskassen für die ländlichen Arbeiter. Diese würden wesentlich zur Stabilisirung der fluctuirenden Bevölkerung wesentlich beitragen.

Herr Dr. Wolff (Stettin): Er erkläre sich sowohl für die Zwangs-Armen-Unterstützung, als auch für Zwangs-Hilfskassen. Der volkswirtschaftliche Congreß sei bisher für die vollständige Freiwilligkeit in jeder Beziehung eingetreten und habe dieses System wesentlich zur Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse beigetragen. Allein die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland lasse das Princip des „laissez faire, laissez passer“ als vollständig antiquirt erscheinen. Der Staat müsse durchaus thätig eingreifen. Die gegenwärtige Leidenschaft eines großen Theiles der deutschen Arbeiter habe dieselbe unfähig gemacht, ihre Kassen selbstständig in gehöriger Weise zu verwalten. Es liege die Gefahr nahe, daß dieselben ihre Kassengelder zu Sirte u. dergleichen verwenden. Auch müssen die Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet werden, zu den Hilfskassen zu steuern. Nur dieser letzte Umstand vermöge ein geregelteres Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen. Herr Professor Dr. Böhmert (Jülich): Ebenso gut wie der Capitalist einen Reservefonds für das todt, so müsse er auch für sein lebendiges Capital einen Reserve-Fonds errichten. Er (Redner) möchte dies jedoch mehr auf dem Wege des guten Willens, als des Zwanges eingeführt wissen, daß man jedoch gerade nur den Fabrikarbeitern das Wort rede, könne er, in Erwägung des Umstandes, daß die Armuth ganz wo anders als bei jenen Arbeitern zu finden sei, absolut nicht begreifen. Das Handwerk habe noch immer einen goldenen Boden und seien gegenwärtig viele Tausende von Handlungs-Commis brodlos, während es an tüchtigen Handwerks-Gesellen geradezu mangle. — Herr Dr. H. B. Oppenheim (Berlin) schließt sich fast vollständig den Ausführungen des Herrn Dr. Wolff (Stettin) an und bemerkt, daß er niemals ein absoluter Anhänger des „laissez faire, laissez passer“-Principes war, sich jedoch auch nicht für unbedingten staatlichen Zwang erklären könne. Die bereits bezeichneten Bestimmungen der Gewerksvereinstatuten müsse er, insbesondere bezüglich der jungen Leute als nackten Zerorismus erklären. — Herr Hugo Langgraf (Berlin): Daß die Gewerksvereine die Gelder der Invalidenklasse zu anderen Zwecken verwenden, sei unwahr, und daß Leute, die den statutarischen Bestimmungen der Gewerksvereine zuwiderhandeln und, wenn dieserhalb ausgeschlossen, aller Kassen-Anrechte verlustig gehen, sei selbstverständlich. Die jungen Leute treten eben so freiwillig in die Gewerksvereine ein, als die alten. Für den vernünftigen Arbeiter seien Zwangsleistungen durchaus nicht erforderlich, auch müsse er (Redner) die Forderung der Beitragspflicht der Arbeitgeber entschieden bekämpfen. Daß die Arbeiter in Folge ihrer Leidenchaften nicht zur Selbstverwaltung fähig seien, gelte wohl in ähnlichen Fällen auch bei allen übrigen Ständen. Man könnte diesen Vorwurf höchstens den Social-Demokraten, die mit den Gewerksvereinen jedoch in keiner Weise etwas zu thun haben, machen. Der Redner schloß mit den Worten: Meine Herren! treten Sie auf diesem Wege der Arbeiterfrage näher, suchen Sie den Arbeitern nicht auszuweichen, dann wird auch das gesellschaftliche Verhältniß sehr bald ein besseres werden.“ Herr Dr. Alexander Meyer (Berlin): Die Mahnung des Vorredners sei gewiß auf sehr fruchtbaren Boden gefallen, obgleich es derselben im eigentlichen Sinne des Wortes nicht bedurft hätte. Daß man hier die Gewerksvereine inhibire, dürfe keineswegs als Feindseligkeit aufgefaßt werden. Entkräftet habe Herr Langgraf die den Gewerksvereinen gemachten Vorwürfe in keiner Weise. Keinem vernünftigen Menschen werde es beispielsweise einfallen, einer Versicherungs-Gesellschaft beizutreten, die ihre Mitglieder statutarisch verpflichte, stets dieselbe politische Meinung wie der Herr Director zu haben und zu bezeugen. Wenn die Gewerksvereine diese Bestimmung bei sich für unerlässlich machten, so seien sie zur Invalidenklassen-Gründung nicht befugt. Er (Redner) besinne sich im Uebrigen zu den Ansichten des Herrn Dr. Wolff (Stettin), selbst auf die Gefahr hin, daß man sagen werde: Auch er habe die sociale Frage nicht gelöst. — Nach noch verschiedenen persönlichen Bemerkungen, die bisweilen zu heftigen Aufregungen Veranlassung gaben, wurde folgende Resolution mit übergroßer Mehrheit acceptirt: „Der Congreß beschließt: 1) Es ist wünschenswerth, daß im Wege der Reichsgesetzgebung besondere Vorschriften über die Errichtung von Arbeiter-Pensions-, Altersvorsorge- und Unterhaltungskassen getroffen und die Ertheilung der Corporationsrechte an Normativbestimmungen geknüpft werde, welche in ähnlicher Weise wie das Gesetz für die Erwerbsgenossenschaften u. dgl. die Formen der Geschäftsführung, bestehend in entsprechender Buchführung, regelmäßiger Rechnungslegung die Grundlagen für die Berechnung der Beiträge festsetzen. 2) Die Errichtung von Arbeiter-Pensionskassen durch communale Verbände, nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung ist zuzulassen und zu fördern. 3) Der Ausschluß der Mitgliedschaft kann nur aus Gründen nicht erfüllter Beitragspflicht erfolgen. 4) Es ist wünschenswerth, daß die Reichsbehörde durch geeignete Sachverständige das von den bestehenden Invalidenklassen vorhandene, auf die Prämienberechnung bezügliche Material bearbeiten lasse und veröffentlicht.“ Der Vorredner, Herr Justizrath Dr. Braun (Berlin) theilt hierauf noch mit, daß der zeitige Vorredner des sogenannten Rathesocialisten-Congresses, Herr Professor Dr. Nasse (Wonn), sein Nichterscheinen krankheitshalber brieflich entschuldigt habe und schließt hierauf gegen 5 Uhr Nachmittags die heutige Sitzung.

Greifeld, 18. August. In der heutigen II. Sitzung, die gegen 10 1/2 Uhr Vormittags eröffnet wurde, referirte zunächst Freiherr War v. Rübe (Wien) über: „Berechnung der Kosten des Eisenbahn-Baues und Betriebes und ihres Verhältnisses zu einander“. Redner führte u. A. aus: Sache der Gesetzge-



bungen und Regierungen wäre es, dafür zu sorgen, daß bei der Anlage von Eisenbahnen, resp. deren Tracirung vor, die commerciellen Verkehrsbedürfnisse und Bedingungen der von der Bahn zu durchziehenden Gebiete und zu be- rührenden Punkte genau erhoben, werden und die Trasse zunächst auf dieser Grundlage mit mathematischer Sicherheit berechnet werde, innerhalb welcher Berechnung dann erst die technische Feststellung und Ausarbeitung zu erfol- gen hätte. Ob der Staat nur allein zum Eisenbahnbaue berechtigt, sei ge- genwärtig nicht gut zu beantworten. Die vielen an Privat-Gesellschaften ertheilten Concessionen zum Eisenbahnbaue haben wohl anfänglich eine Tarif- erniedrigung zur Folge gehabt; allein die Cartellverträge, die diese Gesell- schaften zwecks eigener Erhaltung unter einander geschlossen, haben alle aus der Concurrenz hervorgegangenen Vortheile wieder illusorisch gemacht. — Herr Dr. Renssch (Dresden) betonte die Schwierigkeit und großen Kosten des Eisenbahnbetriebes. So sei u. A. zu beachten, daß müßig dastehende Wagen ebenso von der Atmosphäre u. zu leiden haben, resp. sich abnutzen, als die im Betriebe befindlichen. In der Hand der Regierung liege es, den Eisenbahn- betrieb wesentlich zu erleichtern. Dem Antrage des Vorredners: alle Privatbah- nen in Staatsbahnen zu verwandeln, könne er in keiner Weise zustimmen. Gerade die Staatsbahnen seien mit der Tarifherabsetzung vorangegangen und sei die Entwicklung des Eisenbahnwesens lediglich den Privatbahnen zu verdanken. Staatsindustrie habe noch niemals zu großem Fortschritte geführt. Die öffentliche Meinung, die augenblicklich allerdings für Staatsbahnen sei, kann nicht in Betracht kommen. Diese öffentliche Meinung habe sich innerhalb der letzten 20 Jahre vielfach geändert und er (Redner) sei der Meinung, die gegenwärtige diesbezügliche öffentliche Meinung werde nach Verlauf von kaum 5 Jahren wieder eine ganz andere sein. Es sei wohl sehr plausibel, daß durch Verwandelung aller Privatbahnen in Staatsbahnen sehr viel flüssiges Geld ins Volk gelangen werde; jedoch dies habe es andererseits durch die Dividende. Der Staat werde bei den Eisenbahnbauten stets einseitig vorgehen und sei eine schnelle, stete Entwicklung des Eisenbahnwesens bedeuten- tend höher anzuschlagen als jeder etwaige materielle Vortheil. — Herr Dr. Jauchner (Berlin) hielt die Frage an sich noch nicht ganz für spruchreif und indem er sich den Ausführungen des Dr. Renssch (Dresden) im Wesent- lichen angeschlossen, plaidierte Redner für Vertagung dieses Gegenstandes bis zum nächsten Congress. Dilemmen wurde auch auf Antrag des Herrn Dr. Alexander Meyer (Berlin) sogleich seitens der Versammlung ent- sprochen und mit der näheren Erörterung dieser Frage die ständige Congress-Deputation betraut, der außerdem noch gleichzeitig zwei des Längeren motivirte Vorschläge von den Herren Rothschild (Stadthofendort) und Meyerfeld (Braunschweig) befaßt Umwandlung aller Privat- in Staatsbahnen zur Ergründung überwiegen wurden. — Herr Broemel (Stettin) befragte hierauf eine längere, von ihm beantragte Resolution, bezugnehmend die mögliche Tarifsenkung: Die Beförderungspreise seien von den durch die jeweiligen Waarenpreise bedingten Geschäftsergebnissen des freien wirt- schaftlichen Verkehrs ebenso abhängig, wie sie auf dieselben zurückwirkten. Der allgemeine industrielle und commerciellen Aufschwung anno 1871 habe auch an die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen größere Anforderungen gestellt, ohne daß diese in der Lage waren, ihre Tarife zu erhöhen und habe dieser Umstand auch wesentlich zu der unglücklichen Eisenbahn-Actien-Speculation beigetragen, unter denen wir noch zu leiden haben. Erst in der gegenwärtigen Zeit habe sich in Folge der fortwährenden Preissteigerung aller Her- stellungskosten eine Tarifserhöhung als dringende Nothwendigkeit erwiesen. Die Tarifsenkungsbeschränkung müsse nothwendigerweise eine Verschlechterung des Betriebs-Materials herbeiführen. Allerdings sei eine Aufstellung von Maximaltarifen, deren Höhe von den Bahnbewerthaltungen ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht überschritten werden dürfen und einer periodischen Revision unterzogen werden müssen, nothwendig. Herr Abg. Dr. Hammacher (Berlin) plaidierte im Wesentlichen den Ausführungen des Vorredners bei und befragte insbesondere des Längeren eine Resolution, betreffend die Expropriation von Eisenbahnen. Eben so gut wie der Staat das Recht der Expropriation ganzer Eisenbahn-Gesellschaften besitze, so sei auch die expropriation aus eines Dritten vollständig zulässig. Mehrere Eisenbahngesellschaften seien gegenwärtig zum Bauen ganz neuer Eisenbahn- linien befaßt Erweiterung des Transilverkehrs u. genöthigt, weil ihnen die Mitbenutzung anderer Eisenbahnen nicht zustehe. Welche Capitals-Ver- gütung dies verursache, sei einleuchtend und verhältnißmäßig die größeren Her- stellungskosten, wöhlne r. weniger die Nothwendigkeit einer allgemeinen Tarif- erhöhung, als erworbene Capital-Vergrößerung. — Herr Lindemann (Essen) äußerte sich fast vollständig im Sinne des Herrn Broemel (Stettin) und be- merkte: Er könnte es nicht begreifen, daß die Staatsregierung, die sonst stets für eine Tarif-Ermäßigung gewesen, plötzlich eine generelle Tarifserhöhung angeordnet. Jede Bahn habe andere Bedürfnisse und dürften doch derartige Bestimmungen nicht auf alle Bahnen ohne Ausnahme gleichmäßig Anwen- dung finden. Grundsätzlich wäre es jedenfalls gewesen, diese Tarifserhöhung den Eisenbahn-Gesellschaften individuell zu überlassen. — Herr Dr. Wolff (Stettin) erwiderte die Versammlung: die Eisenbahn-Tarif-Erhöhung ebenso wie die Preissteigerung jedes anderen Handelsartikels zu behandeln. Daß Seiden, Leinen-Waaren u. s. w. einer Conjunction unterworfen, sei Jedem einleuchtend, und dem Transit-Verkehr wolle man diese Berechtigung nicht zuerkennen.

Herr Dr. Gras (Breslau) beantragte folgende Resolution zu acceptiren: „In Erwägung, daß die Neugestaltung des Tarifwesens in Deutschland unter Berücksichtigung der vom volkswirtschaftlichen Congress empfohlenen all- gemeinen Grundsätze in Fluß gekommen ist und insofern es sich augenblicklich um obliegende Detailfragen (Braunschweiger Tarif) handelt und die Ent- scheidung außerhalb der wissenschaftlichen Erwägungen des Congresses liegt; in fernerer Erwägung, daß die Fixirung der neuen Tarifvorschriften seitens der Behörden zwar übereinstimmend ist und einer Cooperation der Vertreter aller beteiligten Industrien bedürftig und unüberzählig bedarf, eine Einwir- kung in dieser Richtung aber nicht Sache des volkswirtschaftlichen Congresses sein kann, beschließt der Congress, die Tarifrage von der Tagesordnung ab- zuweisen.“ — Herr Dr. Alexander Meyer (Berlin) plaidierte den Ausführungen des Herrn Dr. Hammacher (Berlin) bei und bemerkte, die Transportunter- nehmung müsse möglichst von dem Eisenbahnverkehr getrennt werden. Nach langer Debatte wurde vorstehende Resolution des Herrn Dr. Gras (Breslau) vom Antragsteller zurückgezogen, dagegen folgende Resolution mit fast an Einstimmigkeit grenzender Majorität acceptirt: 1) „Die Eisenbahnen können sich bei Aufstellung ihrer Frachttarife den Wirkungen des Ge- setzes des Angebot und Nachfrage nicht entziehen, weil ihre Beförderungs- preise von den durch die freiwilligen Waarenpreise bedingten Geschäftserge- nissen des freien wirtschaftlichen Verkehrs ebenso abhängig sind, wie sie auf dieselben zurückwirken. Alle sachlichen Maßnahmen, welche unter Nichtbeach- tung dieser Stellung der Eisenbahnen im Volkshaushalt die Tarife nach den Selbstkosten des Transports reguliren wollen, veranlassen die Zuwendung besonderer Vortheile an einzelne Productionen oder Handelszweige. Richtige Preisstellungen sind allein dadurch herbeizuführen, daß die Normirung der Tarife möglichst unbefristet den Transport-Unternehmern selbst, welche wo möglich mit den Eisenbahn-Eigentümern nicht identisch sein dürfen, über- lassen wird. 2) Die Beschränkungen, welche den Eisenbahnen in der Freiheit der Tarifirung durch Gesetzgebung oder Verwaltung auferlegt und durch die Bewilligung besonderer Rechte an die Eisenbahnen begründet werden, dürfen nur Bestimmungen enthalten, welche den allgemeinen Verkehrs- Interessen dienen. Als solche Beschränkungen können allein betrachtet werden: a) Die Verbotserklärung aller Tarife innerhalb eines ange- messenen Zeitraumes vor ihrer Anwendung. b) Die gleichmäßige Berechnung der publicirten Tarifrage für alle Verender, wodurch jedoch Preis-Herab- setzungen bei Verwendung großer Quantitäten, oder bei regelmäßiger Ver- sendung einer oder mehrerer Wagenladungen, insbesondere als Nachfracht, nicht ausgeschlossen sein dürfen, wenn dieselben rechtzeitig veröffentlicht und gleichmäßig für alle Verender angewendet werden. 3) Die Gesetzgebung hat die Grundzüge aufzustellen, nach denen einem anderen Unternehmen die Mit- benutzung einer Eisenbahn und deren Betriebs-Einrichtungen zusteht und die hierfür zu gewöhnliche Entschädigung zu bemessen ist. — Abdann wurden die Herren Zeitkratz Dr. Braun (Berlin), Dr. Alexander Meyer (Berlin), Abgeordneter Seyffarth (Erfeld), Dr. Jauchner (Berlin), Professor Dr. Böhmert (Büding), Dr. Wolff (Stettin), Freiherr Max v. Küber (Wien), Ridert (Danzig) und Dr. Gras (Breslau) in die ständige Congress-Deputation ge- wählt und die heutige Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags geschlossen.

**München-Glabach, 16. August.** [Verbot.] Dem heiligen Laurentius ist durch den dortigen Landrath Bödiker die gute Laune verlohren. Dieser hat an den dortigen Oberpfarrer folgende Ver- fassung in Sachen der Heilighumsfahrt erlassen:

Auf die Vorstellung vom 8. d. M., welche Ew. Hochwürden bezüglich der hier zu veranlassenden „Heilighumsfahrt“ an das hiesige Bürgermeis- teramt gerichtet haben, eröffne ich Ihnen ergebenst, daß die beantragte Geneh- migung zur Abhaltung von Processionen aus Schiefbahn, Klemenbroich, Dahlen, Venn, Sehn, Lürrip und Helsenbrunn zu den in der Münsterkirche aufbewahrten sogenannten Heilighumsseits der beteiligten Ortspolizei- behörden erteilt werden wird, daß aber die gleiche Genehmigung zu dem durch die hiesige Stadt beabsichtigten Umzuge nicht erteilt werden kann. Denn wenigstens jene Processionen im Lande einen wesentlich religiösen Charakter haben mögen, und nicht zu befürchten steht, daß aus denselben

Unfug und staatsfeindliche Demonstrationen entspringen, so wird doch der Um- zug der hiesigen katholischen Pfarrenossen durch die Straßen der confessionellen gemischten Stadt unter den obwaltenden Verhältnissen von vornherein einen demonstrativen Charakter an sich tragen, indem derselbe nicht erst den Zweck haben kann, andächtige Wallfahrer zu den Heilighumsorten hierher zu führen, und indem sich ferner mit Grund nicht behaupten läßt, die Verehrung der Heilighümer finde seitens der hier wohnenden Katholiken in einer Procession durch die verkehrsreichen und geräumigen Hauptstraßen der Stadt den ent- sprechenden Ausdruck. Die von Ew. Hochwürden in einer nachträglichen Eingabe vom 9. d. Mts. vorgetragene Ansicht, die gedachten Processionen seien als hergebracht nach Zeit, Ort, Form und Bedeutung anzusehen, kann Angesichts der Thatsache, daß die „Heilighumsfahrt“ mehr als vierzig Jahre unterbrochen gewesen und im Jahre 1867 zum ersten und bis jetzt einzigen Male wieder abgehalten ist, für eine richtige nicht erachtet werden. Der Königliche Landrath. Bödiker.

(Es liegt unsers Erachtens Grund genug vor, die „Processionen im Lande“ ebenso wie die städtischen zu untersagen, da jene — wir verweisen z. B. auf die sogenannten Münsterländer, welche nach Revelaer ziehen — seit langer Zeit die öffentliche Sittlichkeit gefährdet haben.)

**München, 19. August.** [Der Kaiser von Oesterreich] ist mit dem Kronprinzen Rudolph heute früh 5¼ Uhr zu einem zwei- tägigen Besuche bei der Prinzessin Gisela hier eingetroffen.

**München, 1. August.** [Berurtheilung.] — Das Athe- näum. Man schreibt der „R. Z.“: Im Jahre 1848, unglück- lichen Andenkens für uns, hat das „Wort für Wahrheit und Recht“ die These aufgestellt und vertheidigt, ein protestantischer Fürst könne ein katholisches Volk nicht recht regieren und glücklich machen. Es galt nämlich damals die Oberherrschaft des Jesuitismus in unserem Lande, dem der angestammte Souverain weichen sollte. Die hohe Ge- richtsbarkeit mischte sich in die jesuitische Polemik und der Strohmann des ultramontanen Blattes ward zu zwei Jahren Gefängnis verur- theilt. Das „Wort“ mußte die gegenwärtige bewegte Zeit dafür ge- eignet halten, den alten Wust von 1848 wieder aufzuräumen. Es kam wiederholt auf seine Verurtheilung zurück und beschimpfte dabei den Gerichtshof, namentlich den Staatsanwalt. Dafür ist der Herausgeber von unserm Gerichtshof zu drei Monaten Gefängnis und einer Geld- buße von 1000 Franken verurtheilt worden. Die redlichen Leute fangen wieder an zu hoffen bei uns. — Wie es scheint, will unser Staats-Minister auch nun mit dem verrotteten Schlandrian in unserm Athenäum aufräumen. Wenigstens giebt der Director der Anstalt in seiner Rede bei der letzten Preisvertheilung dahin bezügliche Andeutungen. Der Staatsminister wie alle übrigen Vaterlandsfreunde mögen einsehen, daß es die höchste Zeit ist, einen bessern, freisinnigen Geist in unsern Schulen einzuführen und dieselben dem zersetzenden Einfluß unserer Dunkelmänner zu entziehen, welche sowohl auf den Ruin der Wissenschaft bei uns als auf den Ruin des Landes selbst durch ihre Hezereien wider Deutschland lossteuern.

## Italien.

**Rom, 13. August.** [Ueber Vater A. Theiner] schreibt man der „N. A. Z.“ von hier folgendes: P. Augustin Theiner, dessen Tod Sie schon gemeldet, gehörte nicht zu den Gewöhnlichen seines Stan- des. Ich lernte ihn hier im Hause Chr. Brentano's kennen, und unterhielt seitdem die Beziehungen zu ihm, welche deutsche Lands- leute in dieser Fremde auch bei verschiedenen religiösen und politischen Ueberzeugung gern treu bewahren. Deshalb hier einige Erinnerungen, die andere vielleicht benutzen können. Theiner hatte Anlagen zu einem bedeutenden, vielleicht zu einem großen Mann, doch nur An- lagen, die schon in früher Jugend nach verschiedenen Seiten hin ver- loren gingen. Sein Vater (sutrinum factitans) hielt auf die Kasse, doch die Lehrer des Sohns verhinderten ihn an weiterem. Was nicht verhindert werden konnte, war die ästhetische, erzählende Erzählung des Hauses. Theiners früh gereifter Verstand schüttelte wohl den Ballast ab, blieb aber doch bis zu seinem Lebensende ein stiller Freund des gläubigen Fanatismus. Als er 1833 von Paris, wo er mit La- mennais vertraut war, hierher kam, hoffte er, daß der Verdacht des Ministers v. Altenstein wider die Festigkeit seiner kirchlich liberalen Gesinnung sich legen werde. Er besuchte daher Bunsen, damals preu- ßischer Ministerresident, wurde aber, wie er mir erzählte zweimal nicht angenommen. Ob ein Ungefahr, ob Absicht dabei obwaltete, der ent- schiedende Augenblick war damit für Theiners Metamorphose gekommen. Er war zum Jesuiten-General P. Roothan gegangen und hatte sich mit ihm beprochen. Am nämlichen Tage war der preußische Legations- sekretär Hr. v. Sydow in seiner Wohnung und ließ, da er ihn nicht traf, eine Einladung zu Bunsen zurück. Zu spät: Theiner wurde bitter wenn er darauf zu sprechen kam: Die Herren, pflegte er zu sagen, hätten erst in Berlin angefragt und zu spät Antwort erhalten. Der Besuch bei Bunsen hätte ihn nun bei Roothan compromittirt, er ging deshalb nicht wieder hin. Von jetzt an wurde Theiner ein practischer Curialist, besonders Agent und Fürsprecher hoher Personen seiner Hei- math, und das trug ihm die Gunst des Papstes Gregor XVI. in hohem Grad ein. Dr. Simson wurde auf seinen Betrieb von einigen schleichen Velleuten geschickt das Krebsleiden des Papstes zu unter- suchen, obgleich Allez da war. Wer schnell zu einem Civilanten ge- langen wollte, brauchte sich nur an Theiner zu wenden; der Papst hatte ihm den Purpur zugedacht; obgleich er der schlechteste Prediger im Oratorium des heil. Filippo Neri war, doch Gregor starb vor der Zeit. Anders im neuen Pontificat. Pius IX. achtete ihn zwar, den deutschen Gelehrten, und freute sich sehr an seiner Rechtfertigung Gan- ganeß's im Vorgehen wider die Jesuiten. Als diese aber vor und während des vaticanischen Concils Oberwasser erhielten, war es um Theiners Einfluß geschehen. Er war Custos des geheimen vatican- schen Archivs, verlor aber das Amt, weil er den Bischöfen die wider die Infallibilität waren die ihnen für die Unterstützung ihrer Ueber- zeugung dienenden Archivacten zur Verfügung stellte. Er hielt sich von nun an bis zu seinem Tode so fern wie möglich von der näheren Umgebung des Papstes wie von diesem selber; mit um so größerer Genugthuung verbreiten die Blätter des Vatican die Nachricht: er habe kurz vor seinem Ende um den päpstlichen Segen gebeten. Sie hatten das Gegentheil gehofft.

## Frankreich.

\* **Paris, 17. August.** [Das Manifest, das Don Carlos „an die christlichen Mächte“ gerichtet hat,] ist derartig, meint das bonapartistische „Pays“, daß es der Großfürst nicht besser hätte formuliren können. In diesem Documente erscheint Don Carlos wie eine Art Chambrord, d. h. wie Jemand, der aus dem Grabe zurück- kehrt, ganz unbekannt mit dem Jahrhundert, in welchem er wieder auferstanden ist, unbekannt mit seinen Ideen, seinen Sitten, selbst seiner Sprache. Kein Anderer als Don Carlos besitzt einen solchen charlatanhaften Aplomb, mit dem wenigstens sein französischer Doppel- gänger nicht so reich bedacht ist. Er nennt sich „König von Spanien“, gerade so wie der Enkel Carl's X. sich „König von Frankreich“ nennt, ohne dem Volkswillen im Mindesten mehr Rechnung zu tragen, als ob eine Nation eine Viehheerde wäre. Man glaubt zu träumen, wenn man solche Narrheiten ausframen hört. Don Carlos behauptet, daß er factisch Herr sei in einem großen Theile der Monarchie. Das ist freilich eine arge Uebertrei- bung. Uebrigens will das „Pays“ auf die lächerliche „That“ eines, man müsse gesehen, sehr tapferen Abenteurers, der behaupte, alle Mittel der Ver-

öhnung „erschöpft“ zu haben, ohne die Spanier von seinem „famosen“ Rechte überzeugt zu haben, nicht näher eingehen. Das Blatt erklärt weiter, gegen die Sache des Don Carlos nicht Partei ergreifen zu haben; dieser habe in seinen Augen nur das eine Verdienst, in seiner Person die Feindschaft gegen die Republik zu repräsentiren. Man habe gehofft, — nämlich die Bonapartisten — daß er in einem ge- benen Augenblicke Spanien aus seiner Schmach herausreißen werde. Jetzt aber er aber den Beweis geliefert, daß ein solcher Ruhm diesem „Garibaldi von edler Geburt“ nicht vorbehalten sei. Trotz ihrer mehr oder weniger authentischen Siege hätten die Carlsten den Schaup- platz des Krieges bisher nicht zu erweitern vermocht. Die ganze Carlistische Sache sei eine Schouanerie ohne Zukunft. Weder die Re- publik noch der Carlismus sei fähig, den Gegner niederzuwerfen, und es sei augenfällig, daß der Sohn der Königin Isabella die Ehre haben werde, beide wegzufegen.

[Die Herzogin von Madrid.] Gemahlin des Don Carlos, ist mit ihrer Familie aus dem Badeorte Sallie wieder in Pau eingetroffen. Danach scheint es also nicht, daß die französische Re- gierung, wie man officiös angezeigt hat, diese Dame aufgespart hätte, sich von der spanischen Grenze zu entfernen.

[Bazaine.] Der „Temps“ kann genau den Weg angeben, welchen Bazaine von Genua nach Köln genommen hat. Von Genua, sagt dieses Blatt, dem wir die Verantwortung für seine Angaben überlassen müssen, begab sich Herr Bazaine mit seiner Begleitung nach Mailand, dann über Como, Colico, Chiavenna und den Schlägen nach Chur. Hier nahm er wieder die Eisenbahn und traf am Donnerstag Abend in Constanz ein. Am Freitag begaben sich Bazaine, seine Gemahlin und Alvarez von Null nach dem Schloß Arenenberg, um der Ex-Kaiserin und ihrem Sohne einen Besuch abzustatten. Die Unterredung war eine sehr herzliche, der kaiserliche Prinz warf sich dem Ex-Marschall in die Arme. Von Arenenberg wandte sich Bazaine über Mainz nach Köln.

[Victor Hugo] widerfuhr gestern, als er in Passy spazieren ging, der Unfall, daß ein zweirädriger Karren, der mit Fellen beladen vorüber fuhr, ihn im Umwenden mit einem tieferen Hölzer bestig an den Hinter- kopf schlug. Der Dichter mußte in die nächste Apotheke eilen und sich dort einen kalten Umschlag auflegen lassen; die Verletzungen haben zum Glück keinen bedenklichen Charakter.

## Spanien.

**Madrid.** [Gegen die Zwangsmaßregeln, welche die Presse bedrohen.] Ein Veteran der hiesigen Presse, Andres Bor- rego, erhebt in seiner wöchentlich erscheinenden „Revue La Brujula“ seine Stimme gegen die übertriebenen Zwangsmaßregeln, welche die Regie- rung gegen die Tagesblätter ergriffen hat, indem sie keine anderen Notizen über den Bürgerkrieg dulden will, als die vom Amtsblatte veröffentlichten. Der Aufsatz ist in Briefform an den Gouverneur von Madrid gerichtet und beginnt mit dem Eingeständnisse, daß der Krieg allerdings eine genaue Ueberwachung der Presse nöthig mache. Aber man habe doch zu unterscheiden zwischen der Veröffentlichung von Nachrichten über die Stellungen und Bewegungen der Truppen und dem Urtheil über die Art und Weise, in welcher der Krieg im Allge- meinen geführt werde, und bezüglich der bereits dem Gebiete der That- sachen zugehörigen Operationen. Bezüglich dieser letzteren Punkte dürfe man der Presse den Mund nicht verschließen und eben so wenig ihr die Besprechung politischer Stoffe untersagen bloß deshalb, weil dieselben in irgend welcher Beziehung mit den kriegerischen Ereignissen stehen. Borrego erläutert seine Behauptung durch zwei Beispiele aus dem früheren Bürgerkriege. Als General Mina die Mutter Cabrera's habe erschießen lassen, sei die „Zeitung el Espanol“, ohne im geringsten ein Urtheil über die Operationen des Generals abzugeben, in so energischer Weise gegen jene barbarische That aufgetreten, daß der General einge- sehen habe, daß in diesem Falle die öffentliche Meinung gegen ihn war, was zur Folge hatte, daß er seine Entlassung einreichte. Diefelbe Zeitung habe später Espartero in Schutz genommen, als er wegen einer strengeren Maßregel von den Blättern der progressistischen Partei hart angegriffen worden sei, und das Publikum habe sich zu Gunsten des Generals entschieden.

„Nun wohl“, fährt der Verfasser fort, „können sich jetzt nicht auch Um- stände einstellen, die das öffentliche Urtheil herausfordern, ohne daß die Kriegsoperationen in Mitleidenschaft gezogen zu werden brauchen? Darf man es der öffentlichen Meinung wehren, sich über die Kriegsführung im Allgemeinen auszusprechen, die Nothwendigkeit zu betonen, in angemessener Zeit zu einem entscheidenden Resultate zu gelangen, das Urtheil über die Befürchtungen verständiger und erfahrener Leute über die Befähigung der Generale zu vernehmen? Sollen wir nie darüber klar werden, wie es doch kommt, daß die Kräfte des Carlismus gar nicht abnehmen, daß sie sich immer weiter vorwagen, daß sie sogar wagen, Städte anzugreifen, die in Neu- castilien gelegen sind, daß wir vergebens darauf hoffen, einmal zu sehen, wie die numerische Ueberlegenheit unserer Armee und die größeren Hülfsmittel auf unserer Seite uns zu einem handgreiflichen Erfolge führen, auf den wir zu zählen ein Recht haben? Sind doch 36 Provinzen ganz von dem Feinde frei, gegenüber 13 an- deren, die den Carlsten Mannschaften und Mittel liefern. Es be- greift sich sehr leicht, daß die Kriegsführung in den baskischen Provin- zen und in Navarra einwillen noch unüberwindliche Hindernisse findet. Diese Districte sind ganz von den Carlsten beherrscht und ihrer Sache ganz ergeben. Um dort mit Erfolg zu operiren, müssen wir eine Armee von 100,000 Mann haben. Aber schwer zu begreifen ist es, daß wir in Cata- lonien, Valencia und Aragon ebenso wenig vom Feinde kommen. Warum gelingt es uns nicht, dort wenigstens den Feind aus seinen festen Stellungen hinauszudrängen, in denen er seine Depots hat und seine Recruten einübt. Das beweist doch, daß irgendwo etwas nicht ganz richtig ist, sei es, daß es an Energie, an Geld oder an Einsicht fehlt. Es ist aber nöthig, daß die verborgenen Ursachen dieser übeln Verhältnisse ergründet und aufgedeckt werden.“

Der Verfasser schließt seinen Aufsatz mit einem Vertrauensvotum für Serrano und der Hoffnung, daß der patriotischen Presse etwas freierer Spielraum gelassen werde. Leider beweist nur ein großer Theil der Madrider Presse zu häufig, daß ihr die Parteirücksichten über das Wohl des Vaterlandes gehen, so daß es eine große Frage ist, ob die Regierung auf die an und für sich gewiß durchaus richtigen Vorstel- lungen des alten Publicisten eingehen wird.

## Portugal.

**Lissabon, 11. August.** [Ueber das Entstehen der carlisti- schen Macht in Spanien] geht der „Bos. Ztg.“ von hier folgende Mittheilung zu:

Man fragt oft, wie es zugegangen, daß die Carlsten eine solche Macht haben aufbringen können, während sie doch seit 1840 und bis vor ungefähr einem Jahre, so oft sie den Bürgerkrieg zu erneuern versuchten, nur unbedeutende und verschwindende Banden aufbringen konnten? Die Ohnmacht der Carlsten seit dem Schluß des 7jährigen Bürgerkrieges bis zum Fall der Bourbonen rührte daher, daß der größte Theil des carlistischen Generalstabs, sowohl des religiösen, als des militärischen, im Umte war oder doch längere Zeiträume hindurch die Politik Isabella's II. leitete, vornehmlich zuletzt, wo sich die Erlösung der clericalen Partei in solchem Maße hingab, daß ihr dies schließlich ihren Thron kostete. Was hatten nun die Ultramontanen für Ursache, die Carlstenfahne zu erheben, während die Herren von Spanien waren, indem sie der Isabella dienten, oder sich ihrer bedienten? Die Be- wegung von 1868, welche die Bourbonen vertrieb, war nicht nur eine politi- sche und antidynastische, sondern vornehmlich eine antiultramontane und strebte daher so viel sie konnte, die jesuitischen und clericalen Mächte zu stürzen. Sie schloß Kirchen; hob viele Klöster auf; vertrieb die Geistlichkeit und ihren Anhang aus den Schulen; schloß die Seminarien; pro- clamirte und führte wirklich die Cultusfreiheit ein; ebenso Civilehe und Civilregister, welche über tausend Jahre in der Gewalt der Geist- lichen gewesen waren; und dem ganzen Clerus, der die Constitution von 1869, in welcher jene großen Reformen niedergelegt waren, nicht beschwören wollte, legte sie als Strafe die Einziehung seiner Gehälter auf: Die Mehr- heit verweigerte den Eid. Zum Ueberflusse vernichteten die Cortes bei allen



Anschlagen, die sie seit 1869 votirt, die Summe, welche dem Cultus und dem katholischen Clerus gewidmet war, bis in den letzten Tagen der Regierung des Don Amadeus die Cortes die Regierung autorisirten, den Stadtbehörden die Bezahlung des Parochialclerus und des Cultus und den Provinzialständen die Kathedralen zu übertragen, was so viel hieß, als daß sie so gut als gar keine Bezahlung erhielten, denn die Stadtbehörden reicher Communen waren entschieden antikultramontan und die Landgemeinden, wenn auch noch so katholisch, waren zu arm um zu zahlen. Dazu kommt noch die Verteilung der Sprengel, daß z. B. in Alaba einer auf 72 Einwohner, in Cadix einer auf 15,000 Einwohner kommt. Dabei ist zu bemerken, daß alle diese antikultramontanen und oft entschieden antikatholischen Reformen, nicht, wie vielleicht Manche glauben, das Werk der Republikaner oder Demagogen waren; o nein! Sie waren das Werk aller liberalen und antiliberalen Parteien mit Einschluß derer, die für die conservativsten gälten. Dies ist so wahr, daß die geheime, obwohl wesentliche Ursache, aus der Don Amadeus die spanische Krone niederlegte, so sonderbar es auch scheinen mag, dieselbe ist, welche den Sturz der Isabella herbeiführte — die religiöse Frage. Don Amadeus' Gemahlin, eine Nichte des Cardinals Merode, ist ultramontaner, als Isabella selbst, dabei viel ungebildeter und weniger intelligent; sie übt eben so viel Einfluß auf ihren jungen Gatten aus, als Don Francisco geringe Gewalt über seine Frau hatte. Als zu den Zeiten des Pöbels Santa Cruz und anderer Würdenträger der Kirche, welche die entsetzlichsten Verbrechen begingen unter dem Jubelschrei: „Es lebe die Religion, nieder mit dem fremden König! die Generale des Amadeus und seiner Gemahlin Abschied nahmen, um gegen die Carlisten zu ziehen, schrie die Königin den Offizieren vor Allem ein, die carlistischen Priester zu respectiren, und ihnen ja kein Leid zuzufügen. So nahm sie diese Priester in Schutz, die sich mit der Büchse in der Hand gegen sie und ihren Gemahl erhoben, den sie nur den Sohn des Excommunicirten nannten. Sie gab Geld mit vollen Händen den armen Priestern, welche die Constitution nicht beschwören wollten, traktirte sie Königin von Spanien war; sie stellte die barmherzigen Schwestern wieder her und setzte diese thätigen Agentinnen des Ultramontanismus in alle Anstalten wieder ein, aus denen sie entfernt worden waren, d. h. diese Einsetzung verbannten sie ihrem Einfluß, da sie keine legale Autorität besaß, es unmittelbar zu thun. Kaum vereinigten sich 1871 die ersten Cortes, die Don Amadeus berufen hatte, so legte die Regierung, deren Premier Ruiz Zorilla war, das Gesetz vor, dessen wir oben erwähnt haben und durch welches die Einkünfte der Geistlichkeit und die Summe für den Cultus auf 10 Mill. Piastra herabgesetzt wurde, welche durch die Stadtbehörden und Provinzialversammlungen aufgebracht werden sollten. Amadeus gab den Cortes nicht die Zeit, für den Vorschlag zu stimmen, sondern löste sie ohne allen parlamentarischen Vorwand auf. Der wahre Grund war kein anderer, als der Einfluß der Königin, deren Gewissen sich ohne Zweifel über einen Gesetzesvorschlag, durch den 45,000 katholische Priester ihre so zu sagen offizielle Stellung und den größten Theil ihrer Einkünfte verloren, 45,000 katholische Priester, die es in Spanien giebt und doch ihre guten Freunde hätten sein können, weil sie eine so eifrige Katholikin war, obgleich sie unerbittliche Feinde ihres Gemahls und der Institutionen waren, in Folge deren sie und er in Spanien regierten. Endlich, als die Radicals zur Gewalt gelangten, brachten sie den Gesetzesentwurf wieder ein, und ehe er noch zur Abstimmung gelangte, legte Don Amadeus die Krone nieder. Hätte die Savoyische Dynastie, deren Seele und Directrice die Nichte des Cardinals Merode war, die Mittel gehabt, den Ultramontanen zu dienen, welche Isabella II. fand, so hätten diese, statt sich gegen sie im Namen von Don Carlos zu erheben, sie unterstützt. — Dies sind die nothwendigen Voraussetzungen, zum vollen und gründlichen Verständniß der zu Anfang aufgeworfenen Frage.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 17. August. [Die Ankunft des Königs von Dänemark.] Gestern früh kamen die dänischen Kriegsschiffe „Heimdal“ und „Jylland“ vom Island nach einer stürmischen Ueberfahrt in der Firth of Forth an und gingen auf der Rhebe von Leith vor Anker. Der König von Dänemark und Prinz Waldemar befanden sich an Bord des „Jylland“ und sobald das Schiff in Sicht kam, wurde dies der Prinzessin von Wales, die am Freitag Abend in Edinburgh eingetroffen war, vom dänischen Consul gemeldet. Die Prinzessin fuhr sofort nach Granton, von wo sie ein Dampfer nach der Fregatte brachte. Bei der Annäherung des Dampfers wurden die Raaen der Fregatte von den Matrosen bemant, die Kapelle spielte die Volkshymne und der „Heimdal“ feuerte 21 Salutsschüsse ab. Der König und sein Sohn, Prinz Waldemar, geleiteten die Prinzessin vom Dampfer nach der Fregatte, woselbst Ihre Königl. Hoheit einige Stunden verweilte und dann mit ihrem Vater über Granton nach Edinburgh zurückkehrte. Der König wird wahrscheinlich der Königin Victoria in Balmoral einen Besuch abstatten. Am Mittwoch Abend oder Donnerstag früh regelt der König nach Kopenhagen und die Prinzessin von Wales begleitet ihn dahin.

## Dänemark.

Kopenhagen, 15. August. [Ueber den Besuch des Königs in Thorshavn, dem Hauptort der Faröer-Inseln.] bringt die „Correspondenz vom Sund“ jetzt eine eingehendere Schilderung. Dem interessanten Bericht entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Am Sonnabend, den 25. Juli, um 1 Uhr Nachmittags, ging die Fregatte, welche den König nach Island führt, bei Thorshavn vor Anker. Trotz des nebeligen Wetters nahm die kleine Stadt sich malerisch aus, alle Häuser waren besetzt und überall erblickte das Auge eine zahlreiche Menschenmenge. Den schönsten Anblick gewährten jedoch die 40 Boote, die, jedes mit 8 Mann Besatzung und mit dem Dampfergeiz, sich um das königliche Schiff legten und das Boot Sr. Majestät in den Hafen escortirten. Am dem Seesegel nahmen nur Bewohner der anderen Inseln Theil; denn die Einwohner von Thorshavn blieben am Lande, um den König dort zu bewillkommen. Der Amtmann Finsen hatte sich an Bord begeben, um Sr. Majestät auf den Färeländern zu bewillkommen, und eine Stunde darnach flog der König ans Land. Es war ein ebenso eigenthümlicher als begeisterter Anblick, die königliche Schalluppe über die Wellen fliegen zu sehen, gefolgt von den färischen Booten und unter Hurrahrufen des Publikums. An der neubauten Landungsbrücke wurde der König von dem Prospe Bram-Gab empfangen und es wurde ein Lied nach einer eigenthümlichen färischen Melodie gesungen. Auf der Brücke standen alle weltlichen Beamten der Stadt und die Schiffsmänner (Kreisrichter) der anderen Inseln nebst der Geistlichkeit, um den Ersten zu grüßen, der als König von Angesicht zu Angesicht den Färeländern gegenüber gestanden hat. Männer und Frauen, Junge und Alte, so viele als Platz finden konnten, waren herbeigeströmt und eine tiefe Bewegung gab sich in jedem Blick kund, der in diesem Augenblick auf dem Könige ruhte. Manche Thräne rollte über die gefurchten durchwetterten Wangen. Der Amtmann Finsen grüßte den König mit folgenden Worten: „Alergnädigster König! Mit ungemessener Freude hat die färische Bevölkerung dem hohen Besuche Ew. Majestät entgegen gesehen. Unter den färischen Unterthanen Ew. Majestät herrscht nur eine Stimmung treuer Ergebenheit und tiefgefühlter Loyalität. Ich habe daher die Ehre, Ew. Majestät im Namen aller Färingier willkommen auf den Inseln zu heißen. Lange lebe Ew. Majestät König Christian IX.“ Nachdem die darauf folgenden Hurrahrufe verhallt waren, erwiderte der König: „Ich danke Euch allen von ganzem Herzen für den herrlichen und loyalen Empfang den Ich bei meinen treuen Färingern finde. Schon viele Jahre habe Ich den Wunsch gehegt, Euch besuchen zu können, da Ich längst gewußt, daß die Färingier ein treues, christlich gesinntes Volk sind. Es freut mich, daß es Mir vergönnt wird, Meinen Fuß auf färischen Boden zu setzen, und Ich wünsche Meinen treuen Färingern Heil und Glück!“ Der König ging dann durch die besetzte Ehrenpforte, von Saldekrant, die am Eingange der schmalen Straße errichtet war, welche nach der Stadt führt. Hier ereignete sich eine traurige Begebenheit mitten in der allgemeinen Freude. Der Vorfieber der Communalverwaltung, ein alter Schullehrer Jøhn, der 40 Jahre Bürger der Stadt war, von Geburt aber ein Schleswiger, empfing den König im Namen der Stadt und hielt mit kräftiger Stimme eine schöne, herrliche Rede. Als eben die letzten Hurrahrufe nach derselben verhallen waren, stürzte der alte Mann, der seit einiger Zeit unwohl gewesen war, dem König tot zu Füßen. Dem Könige ging diese traurige Begebenheit sehr zu Herzen. Er tröstete die Hinterbliebenen und bestimmte der Wittve gleich eine reichliche Pension von seiner Civilliste. Noch einem kurzen Spaziergang in der Umgebung von Thorshavn, während dessen die biedere Herzlichkeit der Leute nicht verfehlen konnte, den eben empfangenen schmerzlichen Eindruck zu mildern, wurde das Mittagsmahl, zu dem die Beamten der Insel eingeladen waren, an Bord des Schiffes eingenommen, und der Tag endete in der Stadt bei den resp. Wirthen. Der König und der Prinz Waldemar wohnten bei dem Amtmann. Der nächste Tag war der eigentliche Festtag in Thorshavn. Am Morgen wohnte der König dem Gottesdienste bei, darauf wurde eine längere Fußtour nach den Königs-Gaarden auf der nördlichen Seite von Strom, dann nach Høiby angetreten. Um 5 Uhr Mittagsmahl an Bord, zu dem etwa 40 Personen eingeladen waren, des Abends gab die Stadt ein Fest in dem großen Saale des Rathhauses. Später am Abend färischer Rundtanz im Rathhauseaal und in der Arbeitsschule. Der König nahm mit Jungen und Alten an

diesem eigenthümlichen Tanze theil, wobei Kampeslieder und andere Weisen nach färischen Melodien die Musik bildeten. Am 27. Juli verließ der König Thorshavn.

## Rußland.

E. St. Petersburg, 16. August. [Die Verhältnisse in Mittelasien. — Prinz Ruß.] Nach den neuesten Privat-Nachrichten des „Golos“ und der „Mosk. Ztg.“ aus Turkestan erscheinen die momentan feindlichen Verhältnisse Mittel-Asiens doch immer der Art, daß die russische Militärmacht jeden Augenblick bereit sein muß, eine etwa plötzlich ausbrechende Feindseligkeit sofort niederzuwerfen, ehe eine Coalition der unzuverlässigen Chanate zu Stande kommt. Trotz der freundschaftlichen Beziehungen, welche seit dem vorigen Jahre mit dem Emir von Buchara, namentlich in Folge der Vergrößerung des Chanats auf Kosten Chiva's bestehen, soll derselbe doch noch immer an eine Wiedergewinnung Samarkand's auf die eine oder die andere Weise denken. Man muß trotz des neuen Freundschaftsvertrages stets auf der Wacht sein. In Chofand sind die Zustände sehr unsicher. Der im letzten Jahre ausgebrochene Aufstand der neben den Kara-Kirgisen die Nomadenbevölkerung bildenden Kypschaken ist bis jetzt noch nicht bezwungen. Es fehlt ihnen nur an einem geeigneten Prätexten, den sie dem die schärfste Starten-Bevölkerung protegirenden Chan entgegenstellen könnten, um ihre gesammte Partei zu einer Massenrevue zu insammeln. Da sie einen weitläufigen Verwandten Chudajar-Chans, den in Chofand lebenden 16 Jahr alten Abdu-Karim dazu aussersehen hatten, so ist dieser von der russischen Behörde nach Taschkent überzusiedeln veranlaßt worden, wo er in sicherer Obhut weilt. Was Chiva anbetrifft, so beobachtet Seid-Mohammed-Rachim-Chan fortgesetzt eine freundschaftliche, dem Friedenstractat entsprechende Haltung. Hier aber hängt Alles von den Turkmene ab, gegen welche der Chan machtlos ist. Die Ueberführung eines Theils der Besatzungstruppen des Forts Petro-Alexandrowsk nach Nukus, in die südliche Spitze des Amu-Delta's, zu Anfang dieses Jahres hat allerdings die Wirkung gehabt, daß die Turkmene sich seitdem ruhig verhalten haben, so daß u. a. auch die entfalteten wissenschaftlichen Expeditionen sich gegenwärtig ungehindert ihrer Aufgabe widmen können. Aber schon geht das Gerücht, die Turkmene gedächten die begonnene Contributionszahlung aufhören zu lassen und gingen mit dem Plane um, im Herbst sowohl Petro-Alexandrowsk wie das bei Nukus im Bau befindliche Fort zu überfallen. Jedemfalls ist man für alle Vorkommnisse vorbereitet; die Besatzungstruppen des Amu-Darja-Bezirks sind bereits im Frühsommer verstärkt worden. Der Beschluß, bei Nukus eine größere Festung und Stadt anzulegen, welche der Mittelpunkt des annectirten Gebiets werden sollte, ist übrigens, wie es heißt, wieder aufgegeben worden, da die natürlichen Verhältnisse der Gegend sich schließlich doch nicht als geeignet erwiesen haben. Es wird nur ein kleines Fort dort erbaut, und Petro-Alexandrowsk bleibt das Centrum des Amu-Darja-Bezirks. Auch die südlich von Chiva, um Merv herum haufenden Tekke-Turkmene sollen einen Angriff auf das rechte Amu-Ufer beabsichtigen, um die Befestigung zu zerstören, welche der Emir von Buchara auf Veranlassung der russischen Regierung daselbst aufzuführen läßt, um die Tekke's an Räubereien auf dem rechten Ufer zu verhindern. Mit einem Wort, wenn die Zustände am Amu sich auch durch die vorjährige Expedition wesentlich gebessert haben, so daß bereits auch mehrere Handelskarawanen selbst durch die Turkmene-Steppe vom Kaspiischen Meere aus unbehelligt nach Chiva und wieder zurück gelangt sind, so sind die Verhältnisse doch noch weit entfernt, als consolidirt zu erscheinen. Es wäre durchaus nicht auffällig, wenn es bei dem räuberischen National-Charakter der Turkmene, der sich nicht mit einem Male umwandeln läßt, immer wieder zu neuen Kämpfen käme, so lange bis ihre physische Kraft vollständig gebrochen ist. Erst wenn sich das von allen Völkern Central-Asiens wird sagen lassen, erst wenn der russische Adler vom Kaspiischen Meere bis zur chinesischen Grenze und südlich bis zu den Grenzen Persiens und Afghanistan's unumschränkter Herrscher ist, erst dann wird die Civilisation in jeden Gegenstand eine reiche Ernte gewinnen, so wesentliche Fortschritte sie auch bereits unter der russischen Hegelie gemacht hat. Auf diesem Standpunkte steht auch die erste Gesamtbearbeitung der „Expedition gegen Chiva im Jahre 1873“ von Dr. Emil Schmidt, deren letzter Abschnitt eben in dem Augustheft der „Russischen Revue“ erschienen ist, gleichzeitig mit einer Separat-Ausgabe der ganzen Arbeit (13 Bogen 8<sup>o</sup>. St. Petersburg. Schmidt'sche Buchdruckerei.) Unter kritischer Berücksichtigung des gesammten vorhandenen Quellen-Materials verfolgt der Verfasser die Expedition von ihren ersten Anfängen an und bringt er neben der politischen und militärischen Beleuchtung des Feldzugs namentlich auch die vollständige wissenschaftliche Ausbeute desselben. Die im Auslande so verbreiteten Stumm'schen Berichte erfahren dadurch in vielen Punkten gerade wissenschaftlichen Charakters wesentliche Correcturen und besonders die Ergänzung der Epistole zum ganzen Drama. — Die von deutschen Blättern gebrachte Nachricht, der deutsche Botschafter Prinz Heinrich VII. Ruß gedenke, nach der Vermählung seiner Nichte, der Herzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin, mit dem Großfürsten Vladimir, einen abermaligen längeren Urlaub zu nehmen, ist richtig. Diese Absicht hat besonders in einem neuen Unfall seine Begründung, der den Prinzen vor vierzehn Tagen bei der Jagd leider betroffen hat. Bei einem Fall in eine von Wasser bedeckte Vertiefung hat er sich das Knie verrenkt. Es ist zweifelhaft, ob er überhaupt bis zu den Hochzeitsfeierlichkeiten wieder hergestellt sein wird. Der Botschaftsrath Baron v. Alvensleben, dem die Vertretung des Prinzen zufällt, ist vor einigen Tagen hierher zurückgekehrt.

## Provinzial-Beitrag.

Breslau, 20. August. Angekommen: Se. Exc. Graf v. Malhan, Ober-Gr.-Kammerer und freier Standesherr, a. Milit. (Fremdbl.). \* Abzug der wilden Gänse.] Aus aus Rosen (vergl. in der heutigen Morgen-Nummer die Berichte aus Hirschberg) berichtet die „Ost. Z.“ unterm 19. August: Heute Nacht verließen eine Schaar nach Sieden der Gänse durch ihr Geschrei, daß sie ihre Winterquartiere aufzusuchen begannen, daß also der Winter im Anzuge.

— ch. Görlitz, 18. August. [Bürgermeisterwahl. — Neubauten. — Sedanfeier. — Badeanstalt. — Schulwesen.] Die Wahl eines Bürgermeisters und Syndicus dürfte sich noch einige Zeit hinziehen. Dem Vernehmen nach wird übrigens nicht beabsichtigt, die Stelle auszufüllen. — Die Zahl der Neubauten ist in diesem Sommer trotz der sehr billigen Preise der Materialien nicht mehr erheblich gewachsen, während es sich im Frühjahr anließ, als werde 1874 ein sehr gutes Baujahr werden. Es mag das seinen Grund mit darin haben, daß eine Anzahl großer Bauten, wie die Reichsbrücke, die Mittelschule, das Consumvereinshaus zahlreiche Bauhandwerker beschäftigt, aber der Hauptgrund liegt wohl in der Geschäftstillung. Größere Wohnungen stehen hier übrigens vielfach leer, während kleine Wohnungen aber sehr gesucht sind. — Die hiesigen städtischen Behörden haben im vollen Einverständnis mit der hiesigen Bevölkerung die Feier des Sedan-tages noch alljährlich gefeiert. In diesem Jahre hat eine Vereinigung verschiedener Vereine die Initiative ergriffen. Der Turn- und Rettungsverein, Schützengilde, Sängerbund, Sängerverein, Concordia, Militärverein, Cameradschaft und Landwehrbataillon, Handwerkerverein und Handwerker-Gesangverein, Bürger-Gesangverein und die Ortsvereine der Tischler, Maschinenbauer, Schneider und Fabrikarbeiter haben eine gemeinschaftliche Feier am Nachmittag und Abend des Sedan-tages beschlossen. Abends wird ein Festzug zum Siegesdenkmal beabsichtigt. Beeinträchtigt wird die Feier durch das

Fehlen des Militär-Musikcorps und man wird sich also mit dem Gesang von Marschliedern begnügen müssen, da ein Fest ohne Musik doch einmal nicht denkbar ist. Ein Comité hat den Auftrag erhalten, das Programm des Festes auszuarbeiten und sich mit dem Magistrat wegen Ueberlassung eines Platzes in Verbindung zu setzen. — Wie zu erwarten, ist durch den Tod des Restaurateurs Rahmt die Ausführung der von ihm projectirten Badeanstalt, die ohnehin unzureichend gewesen wäre, ins Stocken gerathen und wird wohl nicht aufgegeben werden. Inzwischen ist von dem Fabrikbesitzer Klose dem Magistrat auch ein Project wegen Errichtung einer Badeanstalt vorgelegt, auf welches der Magistrat nicht mehr eingehen konnte, weil er bereits mit Rahmt in Unterhandlungen getreten war. Das Project der Klose'schen Badeanstalt, zu dessen Ausführung gleichfalls die Beihilfe der Stadt erbeten wird, ist nach der Versicherung von Sachverständigen umfangreicher und zweckmäßiger als das Rahmt'sche. Das Bad soll auf dem Klose'schen Grundstück an der neuen Straße zwischen der Blumenstraße und Mählweg errichtet werden. — Die Regierung in Kienig hat bei Genehmigung der Erhöhung des Schulgeldes der Mittelschulen und höheren Mädchenschule die Erwartung ausgesprochen, daß die Stadt für das Volksschulwesen die Zahl der Rectorate vermehre. Gegenwärtig hat ein Einziger, der Rector Heumann, die Leitung sämtlicher Volksschulen mit 3800 Kindern, die in 67 Klassen vertheilt sind und von 62 Lehrern unterrichtet werden. Die Leitung wird noch dadurch erschwert, daß die Schulklassen räumlich weit auseinander liegen und dieser Uebelstand wird sich Oftern nächsten Jahres noch steigern, da der Magistrat beabsichtigt, die Steuercontrolhäuser, die von Neujahr an der Stadt wieder zur Benutzung überlassen werden, in Schulhäuser umzuwandeln.

+ Glogau, 18. August. [Sport-Nachrichten.] Von keiner freundschaftlichen Witterung begünstigt, fand heute Nachmittag 4 Uhr aus dem großen Artillerie-Schießplatz bei Lerchenberg das Wettrennen des Reitervereins der 9. Cavallerie-Brigade statt. Geleitet wurde das Rennen von einem Directorium, bestehend aus den Herren 1) Rittmeister v. Rosen vom Dragoner-Regiment Nr. 4; 2) Rittm. Graf v. Schmietow vom Ulanen-Regt. Nr. 10; 3) Rittm. v. Winterfeld vom Kürassier-Regt. Nr. 5 und 4) Premier-Rittm. Andersch vom Ulanen-Regiment Nr. 8 und Adjutant des Commandeurs der 9. Cavallerie-Brigade. — Die Ehren-Direction hatte der Commandeur der 9. Cavallerie-Brigade, Herr Oberst v. Trotha, übernommen. Als Preisrichter fungirte der Commandeur des Kürassier-Regts. Nr. 5, Herr Oberst v. Ohlen und Adlerskron. Das Amt des Starter versah der Brigade-Adjutant, Herr Rittm. Andersch. — Es fanden nur zwei Steeple chase statt, das eine mit 170, das andere mit 145 Pfund Normalgewicht. Die Bahn war 3500 Meter lang und führte über 2 Gräben, 2 Wälle, 2 Hüden und einen Abhang herauf und herunter.

1. Steeple chase. Normalgewicht 170 Pfd. Vollblut 10 Pfd. extra. Es gingen 6 Pferde. 1) Rittm. Boechmer vom Kürassier-Regt. Nr. 5, br. Stute „Unberhofft“; 2) Rittm. v. Philippsborn vom Drag.-Regt. Nr. 4, br. Wallach „Ungezogener Junge“; 3) Rittm. v. Mähl vom Ulanen-Regt. Nr. 10, br. Stute „Berline“; 4) Rittm. Gaebe vom Kürassier-Regt. Nr. 5, Vollbl.-Stute „Anni“; 5) Rittm. v. Rosen vom Drag.-Regt. Nr. 4, Fuchs-Stute „Alice“; 6) Rittm. v. Loeper vom Drag.-Regt. Nr. 4, Fuchs-Stute „Mili“. — Die Pferde gingen eine Zeit lang ziemlich egal mit „Ungezogener Junge“ voran, bei der vorletzten Hürde erlangte „Unberhofft“ einen Vorsprung, den er auch bis zum Ziele behielt. Der Reiter von „Unberhofft“, Lieutenant Boechmer erhielt den ersten Preis, ein silbernes Kaffee-Service, und der Reiter des „Ungezogenen Jungen“, Lieutenant v. Philippsborn, den zweiten Preis, ein Vierbein mit silbernem Dede.

2. Steeple chase. Normalgewicht 145 Pfd., Vollblut 10 Pfd. extra. Es gingen vier Pferde. 1) Rittm. v. Boechmer vom Drag.-Regt. Nr. 4, br. Stute „Laby Stanley“; 2) Rittm. Graf v. Schmietow vom Ulanen-Regiment Nr. 10, br. Stute „Schwat Mead“; 3) Rittm. Graf v. Schweinich vom Drag.-Regt. Nr. 4, br. Wallach „Nebeling“; 4) Rittm. v. Zeje vom Drag.-Regt. Nr. 4, br. Stute „Veronica“. Bald nachdem die Gräben passiert waren, erlangte „Laby Stanley“ die Spitze, dicht gefolgt von „Schwat Mead“, bei der vorletzten Hürde blieb letztere mehr zurück, so daß „Laby Stanley“ einen bedeutenden Vorsprung gewann und auch mit großem Glanze siegte. „Veronica“ führte, erfreulicherweise hat der Reiter derselben keinen Schaden erlitten. Der Reiter von „Laby Stanley“ erhielt den ersten Preis, einen silbernen Sumpfen, einen Pferdebock darstellend und der Reiter der „Schwat Mead“, Lieutenant Graf v. Schmietow den zweiten Preis, eine Siegesfäule. — Bald nach dem Rennen fand ein gemeinschaftliches Essen der Offiziere der 9. Cavallerie-Brigade im Speisesaal des Barackenlagers statt, die Tischmusik führte die Capelle des Kürassier-Regiments Nr. 5 aus, beim Rennen concertirte die Capelle des Dragoner-Regiments Nr. 4.

[Notizen aus der Provinz.] \* Koblitz. Die „Nied. Ztg.“ meldet: Als am Sonnabend Nachmittag die von Urmasser kommende Locomotive über die Drehscheibe hinaus fuhr, ist glücklicher Weise zwar kein Unglück verursacht worden, aber ein Malheur gab es doch. Die Locomotive rannte nämlich unter Ueberwindung eines Steinbammes gegen die Appartements und verbarrikadirte die Thüren, so daß zwei Damen, welche sich im Innern der angeordneten Localitäten befanden, — um sie nicht warten zu lassen, bis die Locomotive weggeräumt werden konnte — zum Dache herausgeholt werden mußten. Der Locomotivführer ist übrigens sofort verhaftet worden.

+ Ober-Oderwitz. Kurz unterhalb des hiesigen Bahnhofes ist am Sonnabend Abend nach 10 Uhr der Hilfschaffner Hamann aus Spitzlunnersdorf von dem aus Kittau kommenden Güterzuge überfahren worden. Beide Beine waren ihm zermalmt und er starb nach wenigen Minuten. Man nimmt an, daß der arme Mann vom Zuge hat herabspringen wollen und dabei gestürzt ist. Er hat noch kurz vor seinem Ende den herbeigeeilten Bahnwärter um einen Trunk Wasser.

Δ Forst. Die „Niederl. Ztg.“ meldet: Der Thäter, welcher am Abend des 4. d. Mts. eine Schelle über die Schienen gelegt hatte, ist bereits ermittelt. Fast unglaublich erscheint es, daß dieses Stücken von einem Bahnwärter ausgeführt wurde, und, wie man vermutet, nur aus Rache gegen seine Neben-Collegen. Da, wie bekannt, der erste Versuch mißglückte, so wollte er seinen einmal gefaßten teuflischen Plan am andern Morgen zur Ausführung bringen. Einige Arbeiter waren jedoch Zeugen seiner That, und so konnte zur Verhaftung dieses fauberen Patrons geschritten werden.

# Oels. Die „Locomotive“ berichtet: Am 10. d. M. wurde der Oberjäger Cudell von der 3. Comp. des 2. Schles. Jäger-Bataillons Nr. 6 bei einer Nachtlagerung ins rechte Auge geschossen, welches er auch wahrscheinlich in Folge dessen verlieren wird.

## Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Aug. 19. 20.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0° .....	335 <sup>mm</sup> 50	335 <sup>mm</sup> 96	336 <sup>mm</sup> 20
Luftwärme .....	+ 15 <sup>o</sup> 1	+ 11 <sup>o</sup> 8	+ 9 <sup>o</sup> 8
Wasserdruck .....	3 <sup>mm</sup> 31	3 <sup>mm</sup> 81	3 <sup>mm</sup> 05
Dunstförmigkeit .....	46 pCt.	69 pCt.	86 pCt.
Wind .....	N. 2	N. 1	N. 1
Wetter .....	heiter.	wolkig.	heiter.
Wärme der Ober .....	6 Uhr Morgens + 13 <sup>o</sup> 5.		

Breslau, 20. Aug. [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 22 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Berlin, 19. August. Unentschieden schwankt die Tendenz hin und her; während der eine Börsentag um eine Nuance fester erscheint, zeigt der Verkehr des darauffolgenden wieder in gewissem Grade eine Abmilderung, und nur in der gleichförmigen Geschäftslage läßt sich erkennen, daß der gesammte Verkehr unter dem lähmenden Einfluß unerbittlich wirkender Umstände gebannt bleibt. Der Umlauf in den Effecten entbehrt auch heute jeglicher Anregung so vollständig, daß die Transactionen überhaupt zu keiner Bedeutung gelangen und andererseits für entschiedenes Vorgehen der Speculation nach der einen oder andern Richtung kein Motiv vorhanden war. Was die Tendenz des Geschäftes selbst anbelangt, so kam dieselbe, trotz mannigfacher Coursrückgänge, doch nur fest genannt werden, da Operationen der Contreimie so gut wie vollständig ausgeschlossen blieben. Der Kaufkraft war zwar auf allen Gebieten eine ganz geringfügige, andererseits machte sich aber auch ein Angebot von irgend welcher Bedeutung nicht geltend. Nur Bankactien waren in einzelnen Devisen mehrfach offerirt, doch folgern sich diese Abgaben mehr aus der Realisationslust und erklären die in letzter Zeit nicht unbedeutend gestiegenen Course hinlänglich das Streben, den gebannten Gewinn möglichst zu sichern. Die internationalen Speculationswerthe setzten mit einigen Coursrückgängen gegen ihre gestrigen Schlussnotirungen ein und gingen anfänglich auch noch höher. Gegen Schluss der Börse ließen die Course etwas nach. Für öfter. Staatsbahn herrschte verhältnismäßig das regle Interesse. Oesterreichische Creditactien waren dagegen vorzugsweise vernachlässigt. Für öfter. Nebenbahnen zeigte sich eine recht feste Stimmung, namentlich behaupteten Galizier große Festigkeit und fanden gute Käufer, auch öfter. Nordwestbahn erfreute sich einiger Beliebtheit, desgl. Kaschau-Oderberger. Niemand fest war die Haltung der auswärtigen Staatsanleihen, dieselben vermochten aber nicht



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertretung Dr. Weiss.)  
Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.